

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 73. Ratssitzung vom 13. November 2019**

**1889. 2018/480**

**Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Simone Brander (SP) vom 05.12.2018:  
Unterstützung von Organisationen bei der Suche nach Landwirtschaftsland für  
den Anbau von Produkten nach den Grundsätzen der solidarischen Landwirt-  
schaft**

Ausstand: Matthias Probst (Grüne)

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenezunehmen.

***Dr. Balz Bürgisser (Grüne)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 664/2018): In diesem Postulat geht es um die solidarische Landwirtschaft in der Stadt Zürich. Solidarische Landwirtschaft verzichtet auf die Produktionspreise und finanziert direkt die Produktion. Der Konsument bezahlt die Betriebsbeiträge, die die vollen Produktionskosten decken. Das ermöglicht eine Risikoverteilung, entlastet den Produzenten vom Preisdruck und garantiert ihm ein faires Einkommen. Ein zweites Merkmal von solidarischer Landwirtschaft ist die Kontinuität und Verbindlichkeit. Konsument und Produzent schliessen sich längerfristig zusammen. Das Abo, zum Beispiel für Gemüse, läuft mindestens ein ganzes Jahr. Es ist von Anfang an klar, für wen produziert wird. So entfällt die Vermarktung und die Nahrungsmittel kommen frisch und ohne Verluste beim Abonnenten an. Ein weiteres Merkmal ist die Partizipation. Die Produktion wird von den Konsumentinnen und Konsumenten mitgetragen. Sie beteiligen sich aktiv an Entscheidung und Planung, was mit welchen Methoden produziert werden soll und sie helfen im Betrieb mit. In der Stadt gibt es einige wenige Organisationen, die nach diesen Prinzipien Landwirtschaft betreiben. Sie sind als Verein oder Genossenschaft organisiert, wie «Pura Verdura», «meh als gmües», «Stadtrandacker» oder das «Dunkelhölzli». Vorbild ist die in Zürich entstandene und jetzt in Dietikon produzierende Gemüsekooperative «ortoloco». Sie zeigen eindrücklich, dass solidarische Landwirtschaft gut funktionieren kann. Solche Organisationen sind dem Prinzip der Nachhaltigkeit verpflichtet. Sie produzieren mit umweltschonenden Methoden unter fairen Arbeitsbedingungen hochwertige Lebensmittel. Zudem leisten sie einen Beitrag zur Reduktion des CO<sub>2</sub>-Austosses und damit zum Klimaschutz. Das Land wird meistens von Hand und nicht mit Maschinen bewirtschaftet, es entsteht weniger Abfall und die aktive Mithilfe bei der Produktion führt erfahrungsgemäss dazu, dass sich die Beteiligten umwelt- und klimabewusster ernähren. Es ist also zu begrüessen, wenn Organisationen, die der solidarischen Landwirtschaft verpflichtet sind, in Zürich gegründet werden und ihre Aktivitäten entfalten. Leider sind die Hürden, um beginnen zu können, hoch. Man braucht eins bis zwei Hektaren Land, das zur Bewirtschaftung geeignet ist, und eine gewisse Infrastruktur, sowie einen kleinen Unterstand mit einem Geräteraum vor Ort, bestehende Toiletten zur Mitbenutzung und einen nahe gelegenen Lagerraum. Es ist eine schwer lösbare Aufgabe, dies alles in*

der Stadt zu finden. Die betreffenden Kerngruppen und Vorstände, die viele Stunden ehrenamtliche Arbeit leisten, sind manchmal am verzweifeln. In dieser Situation ist die Unterstützung der Stadt wichtig. Die Stadt soll den Organisationen bei der Suche nach Land und Infrastruktur behilflich sein. Grün Stadt Zürich ist der solidarischen Landwirtschaft grundsätzlich wohlgesinnt. Rückmeldungen aus den Genossenschaften zeigen aber, dass Grün Stadt Zürich die konkreten Hilfeleistungen ausbauen könnte. Mit dem Postulat wollen wir die Stadt ermuntern, den wertvollen Organisationen mehr Unterstützung zu bieten.

Weitere Wortmeldung:

**Sebastian Vogel (FDP):** Wir erkennen durchaus das Erfolgspotential der im Postulat aufgeführten Organisationen und würdigen auch ihr Engagement. Die FDP kann das Verlangen der Bürger und Bürgerinnen nach einer solidarischen Landwirtschaft verstehen und wünscht sich, dass möglichst viele dieser Leidenschaft nachgehen können oder Produkte dieser Landwirtschaft konsumieren können. Aus dem Postulat geht aber auch hervor, dass Grün Stadt Zürich aus Platzmangel keine Lösungen bieten konnte. Wir verstehen ganz grundsätzlich unter solidarischer Landwirtschaft eine direkte Beziehung zwischen einem Bauernhof und den Personen, die sich mittels solidarischer Landwirtschaft beteiligen wollen. Die Stadt hat sich in solch eine Beziehung aber nicht einzumischen. Es sollte allen bekannt sein, dass es in der Stadt nur wenige Bauernhöfe gibt. Wir sehen zudem durch ein derart grundsätzliches Einmischen eine Bevorteilung gegenüber anderen Personen und Vereinen, die auch gerne in Zürich Landwirtschaft betreiben würden. Als Beispiel ist hier der Verein aus dem Quartier Fluntern zu erwähnen, der sich mit einem klaren Konzept organisiert hat, um einen Rebberg zu betreiben. Es ist für uns nicht schlüssig, weshalb die Grünen dieses Anliegen ablehnten, aber heute diesen Vorstoss einbringen. Das könnte daran liegen, dass Landwirtschaft gar nicht Ihr Anliegen ist. Wie kommt man sonst zur Ansicht, dass man kein Bauer sein muss, um zu wissen, dass eine Magerwiese eine grössere Biodiversität aufweise als ein Rebberg. Wir lehnen das Postulat ab, aber würden uns freuen, wenn die Organisationen aus Eigeninitiative doch noch fündig werden würden.

**Dubravko Sinovcic (SVP)** begründet den von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion am 19. Dezember 2018 gestellten Ablehnungsantrag: Politiker aller Couleur überbieten sich mit Rezepten, wie wir das Weltklima retten könnten. Wir hören immer wieder, dass wir die Versteppung des Wallis verhindern müssen und Spanien zur Wüste werden könne. Nun soll mit staatlicher Förderung für die solidarische Landwirtschaft das Weltklima gerettet werden – indem wir alle die Internationale singend auf Äckern Salat und Gurken ziehen, um den CO<sub>2</sub>-Ausstoss zu senken. Im Postulat steht, dass sich sogar die Volksgesundheit damit erhöht – wahrscheinlich, weil wir den Acker von Hand und im Laufschrift bewirtschaften sollen. Ich bin gespannt auf die wissenschaftlichen Grundlagen und Studien, die beweisen, dass die Bewirtschafteter von solidarischer Landwirtschaft gesünder leben. Die zentrale Frage ist, wo die ganzen landwirtschaftlichen Kooperationen in der Stadt Zürich Felder beackern können – etwa auf dem Sechseläutenplatz? Oder sollen Parks aufgehoben oder der Üetliberg gerodet werden? Ich frage mich auch, wer das ganze finanzieren soll. Der sozialistische Gartenbauer, der das

*Klima rettet und die Volksgesundheit im Vordergrund hat, nämlich nicht. Die Finanzierung wird wahrscheinlich am Steuerzahler hängen bleiben. Hier nähern wir uns dem Kern der Debatte; es geht nämlich weder ums Klima, noch um die Volksgesundheit, sondern um Klientelpolitik in seiner Urform und um linke Gärten und noch linkere Wähler. Die SVP lehnt das Postulat ab, weil weder der CO<sub>2</sub>-Ausstoss, noch die Volksgesundheit in irgendeiner Form nennenswert beeinflusst wird, sondern einige wenige grüne und rote Wähler mit Land beschenkt werden sollen, auf der sie ihre Lebensvorstellung verwirklichen können.*

Weitere Wortmeldungen:

**Ronny Siev (GLP):** *Wir schätzen Eigeninitiative und sind auch der Meinung, dass die Stadt Eigeninitiative unterstützen könnte. Dass Grün Stadt Zürich die Suche nach Agrarland tatkräftig unterstützen und Infrastruktur zur Verfügung stellen soll, zeigt aber eine Anspruchshaltung, die wir überhaupt nicht teilen können. Wieso sollen ausgerechnet diese Organisationen bevorteilt werden? Das Land in Zürich ist knapp; es hat zu wenig Land für Wohnungen, Gärten, Freizeit und Sport. Auch in der Landwirtschaft haben wir fast keine Landreserven. Wo soll das Land hergenommen werden? Und wieso müssen die Organisationen ausgerechnet in der Stadt tätig sein, obwohl es im Kanton noch sehr viel landwirtschaftliche Reserven gibt. Damit die Kolchose Gemüse anbauen kann, müsste die Stadt wahrscheinlich den Familiengärten das Land wegnehmen. Das können wir nicht unterstützen.*

**Ernst Danner (EVP):** *Da es sich nur um ein Postulat handelt und das Anliegen sympathisch ist, die Stadt viel Land hat und sie sich ohne Mehrkosten umsehen kann, unterstützen wir das Postulat. Uns ist aber wichtig, dass man nicht den bestehenden Bauernhöfen Land wegnimmt. Es gibt aber genügend Restflächen, die man so verwenden kann und deshalb stimmen wir dem harmlosen Postulat zu.*

**Simone Brander (SP):** *Es werden hier wilde Vermutungen angestellt, wo man überall Gemüse anbauen könnte und ob man das nicht besser ausserhalb der Stadt machen sollte. Es gibt aber Flächen, auf denen Gemüse angebaut werden kann, an die man vielleicht noch gar nicht gedacht hat. Ein mir grosses Anliegen ist der Garten über den Gleisen in Wipkingen. Der Garten fällt vielleicht nicht ganz unter das hier aufgeführte Prinzip, aber zeigt, wo man überall Gemüse anbauen kann. Früher war da ein grosser, versiegelter Asphaltplatz und heute wird mit Hilfe von Kisten Gemüse angebaut. Über 70 Personen aus dem Quartier gärtnern zusammen. Das geht weder auf Kosten von bestehenden Bauernhöfen, noch ist es weit weg. Das Gemüse wird ökologisch angebaut und ist damit ein Beitrag zum Klimaschutz.*

**Andreas Egli (FDP):** *Man kann die Forderung von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) als Kolchose-Support-Postulat bezeichnen. Die Unterstützung der SP lässt mich daran zweifeln, ob das linke Spektrum die Kurve hin zu einem vernünftigen Kurs hinbekommt. Letztlich hat jeder, der irgendwo mal Kresse gezogen hat, das Gefühl, er sei Bauer oder Bäuerin. In der Stadt darf jeder überall da, wo er ein Stückchen Land findet, etwas anbauen. Aber nur, weil ich selbst auf meiner Terrasse Tomaten anbaue, komme ich nicht*

4 / 5

*auf die Idee, dass der Stadtrat mir etwas auf mein Konto überweisen soll. Das ist einfach grenzenlos anmassend und geht in Richtung der Pflege des eigenen Klientels. Ich bezweifle, ob es für das Klima wirklich besser ist, wenn einige wenige irgendwo auf ihrem Grundstück mit viel Arbeitsaufwand Gemüse anpflanzen und immer hin und her fahren müssen, statt effizient mit wenig Landverbrauch zu produzieren. Hier wird ohne Messung Unterstützung gefordert. Walter Angst (AL) fragte, weshalb wir bei der Vertikalbepflanzung nicht gleichzeitig Kartoffeln pflanzen können – wir hätten auch auf dem Sechseläutenplatz Kartoffeln anbauen können. Es geht hier um ein unnötiges Kolchose-Support-Postulat, das jenseits jeder Realität ist und die Absurdität unserer Diskussionen hier drinnen veranschaulicht.*

**Alexander Brunner (FDP):** *Wir führen hier drinnen manchmal Debatten, bei denen es um nicht viel mehr als um Symbolik geht. Heute geht es um den Kommunismus. Im Mai dieses Jahres schrieb ich in der Zürüberg-Zeitung einen Artikel zum Beginn der Klimadebatte, in dem ich die Variante der Grünen beschreibe. Forderungen von Grünen kommen eigentlich aus einer erzkonservativen Sichtweise. Ihre Utopie ist nämlich eine Gesellschaft zurück zu Zeiten von Jeremias Gotthelf ohne Smartphones. Wir sehen hier exemplarisch die vorherrschende Geisteshaltung in der Klimawandeldebatte. Die Lösung von links ist zurück zu den Ursprüngen. Diese Haltung ist eine konservative Haltung. Wir hoffen, dass das in Zukunft auch die EVP bemerkt. Mit solchen Postulaten lösen wir den Klimawandel nicht. Unabhängig davon, wie Sie auf diesen wenigen Bauernhöfen ihr Gemüse anpflanzen, wird sich das Klima leider weiterhin negativ entwickeln. Ihre Forderung lenkt dabei nur von der eigentlichen Debatte ab.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

**STR Richard Wolff:** *Den Vorwurf der Kolchose versteh ich nicht; gibt es ein linkes Gärtnern und ein rechtes Gärtnern? Der Vorwurf, das seien Kommunisten, ist, wie wenn man darauf schliesst, dass ein Fussballspiel mit Freunden zu der Forderung eines Stadions führen würde.*

Das Postulat wird mit 60 gegen 41 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

5 / 5

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat